



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 15.06.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 05.05.2015, 17:05 Uhr bis 18:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN Teilnahme als Ratsmitglied zur Begründung eines Antrages.
------------------------	---

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Bettina Houben	FDP
---------------------	-----

Beratende Mitglieder

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Elke Bussmann	SPD
Herr Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld
Herr Jens Paaßen	auf Vorschlag der CDU
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU

Herr Ahmet Edis GOL
Frau Beate Hane-Knoll auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Dr. Matthias Albers
Frau Dr. Anne Bunte Vertreterin der Gesundheitsverwaltung
Herr Johannes Feyrer
Frau Ina-Beate Fohlmeister
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner
Frau Gabriele Pappenheim
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Bernd Rosenberger
Herr Jörg Simon

Schriftführer

Herr Volker Kaune

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Günter Witzmann AfD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Mehmet Akif Ayata Mevlana

Beratende Mitglieder

Herr Thilo Fußén Aidshilfe Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Gerdi Hugoth auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Frau Dr. Christine Kuch auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Michaela Diers AIDS-Hilfe Köln e.V.

In der Tagesordnung wird die unter TOP 6.4 abgedruckte Mitteilung zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen in Köln unter TOP B (Vortrag der Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte) behandelt.

Die Tagesordnung wird daher wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A) Verpflichtung von Sachkundigen Bürgerinnen/Bürgern und Sachkundigen Einwohnerinnen/Einwohnern

B) Medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Köln (Frau Dr. Bunte)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 27.11.2014 (TOP 4.2)
0531/2015

2.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion aus dem Jugendhilfeausschuss (AN/0447/2015)
1210/2015

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Zusätzlicher Bedarf für intensiv zu betreuende psychisch kranke Menschen
AN/0658/2015

3.2 Versorgung der Kranken in Köln
AN/0592/2015

3.3 Durchführung von 1.Hilfe-Kursen an Schulen
AN/0593/2015

3.3.1 Beantwortung der Anfrage AN/0593/2015: Durchführung von 1. Hilfe Kursen an Schulen
1238/2015

3.4 Patientenverfügungen in Köln
AN/0732/2015

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 4.1 Übernahme der Kosten für Verhütung und Schutz für Hartz IV-Bezieher
AN/0681/2015

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Erstellung und Herausgabe einer Infobroschüre zum Thema "Transgender in Köln"
1068/2015
- 5.2 Zusetzung von 1,0 Stellen zur Durchführung der Ergänzungsprüfungen gem. Notfallsanitätäergesetz (NotSanG) im Gesundheitsamt
2638/2014

6 Mitteilungen

- 6.1 Mitteilung über die Sachstände bei den Baumaßnahmen der Feuerwehr (37)
0529/2015
- 6.2 Tierrettung in Köln
0729/2015
- 6.3 Berichtspflicht gem. § 42 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen hier: Jahresbericht 2014 über die Beschlüsse des Gesundheitsausschusses im öffentlichen Teil
0718/2015
- 6.4 Medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Köln
hier: Einrichtung von haus- und kinderärztlichen Sprechstunden in der Notaufnahmeeinrichtung in der Herkulesstraße
0740/2015
- 6.5 "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
- Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode
1065/2015
- 6.6 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2014/2015 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren
0956/2015

6.7 Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ am 23. Und 24. Juni 2015 im Gürzenich
Köln
1261/2015

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A) Verpflichtung von Sachkundigen Bürgerinnen/Bürgern und Sachkundigen Einwohnerinnen/Einwohnern

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna verpflichtet die anwesenden Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner mit dem vorgegebenen Text.

B) Medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Köln (Frau Dr. Bunte)

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, informiert den Gesundheitsausschuss anhand einer der Niederschrift beigefügten Powerpoint-Präsentation über die medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Köln.

Sie teilt ergänzend mit, dass in der Zusammenarbeit mit einem im Gesundheitsamt tätigen Facharzt für Innere Medizin und Infektiologie eine Promotionsarbeit über die ärztliche Sprechstunde für Flüchtlinge in der Notaufnahmeeinrichtung Herkulesstr. erstellt werde.

Der Gesundheitsausschuss lobt die Arbeit der medizinischen und nichtmedizinischen Kräfte, die dieses Projekt zur niedrighschwelliger medizinischer Versorgung der Flüchtlinge aufgebaut hätten und tatkräftig unterstützten.

SE Herr Edis fragt nach der Situation der traumatisierten Flüchtlinge, sowohl der Kinder als auch der Erwachsenen in den Notaufnahmeeinrichtungen.

Frau Dr. Bunte teilt mit, dass es sich bei beiden Gruppen nach den Kenntnissen des Gesundheitsamtes um Einzelfälle handele. Auch seien die betreffenden Personen nur eine begrenzte Zeit in den einzelnen Einrichtungen. Die Ärztinnen und Ärzte sowie auch die dort tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wissen, dass sie sich bei Fragen zu dieser Thematik mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes in Verbindung setzen könnten

SB Frau Houben weist auf die Veröffentlichung dieses Projektes in den Mitteilungen der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein hin. Dieses könne eventuell als Beispiel auch für andere Kommunen gesehen werden.

Frau Dr. Bunte betont die Wichtigkeit von verlässlichen niedrighschwelliger Angeboten in diesem Bereich.

SB Frau Röhrig fragt, ob es den Tatsachen entspräche, dass Krankenhausbehandlungen nur bei Vorliegen eines Kostenanerkennnisses möglich seien und ob dies auch für Akutfälle gelte.

Frau Dr. Bunte erläutert, dass diese vorherigen Kostenanerkennnisse für „planbare“ Behandlungen erforderlich seien.

RM Frau Gärtner fragt nach dem vom Landschaftsverband finanziell unterstützten Modellprojekt für interdisziplinäre Patientensprechstunden in der Klinik Merheim, in welches auch das Kölner Gesundheitsamt eingebunden sei. Sie bittet darum, dem Gesundheitsausschuss über die Erfahrungen zu berichten.

RM Herr Dr. Strahl bittet um Auskunft, ob es nach nunmehr 4 Monaten schon Erkenntnisse über veränderte Inanspruchnahme von hausärztlichen Notdiensten gebe.

Frau Dr. Bunte teilt mit, dass es dazu keine Daten gebe.

Dagegen sei der Einsatz des Rettungsdienstes in der Herkulesstr. von 37 ausgewertet worden. Hier sei es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu einer Reduzierung der Einsätze um 15% gekommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 27.11.2014 (TOP 4.2) 0531/2015

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion aus dem Jugendhilfeausschuss (AN/0447/2015) 1210/2015

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Zusätzlicher Bedarf für intensiv zu betreuende psychisch kranke Menschen AN/0658/2015

Die Fragen werden vom Leiter der Abteilung Soziale Psychiatrie des Gesundheitsamtes, Herrn Dr. Albers, beantwortet.

Die zur Sitzung noch nicht schlussgezeichnet vorliegende ausführliche Beantwortung wird als **Anlage** beigelegt.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, teilt ergänzend mit, dass, wenn die für den Sommer 2015 geplanten weiteren Gespräche erfolgt seien, der Gesundheitsausschuss über eine Mitteilungsvorlage informiert werde.

3.2 Versorgung der Kranken in Köln AN/0592/2015

Die Fragen werden von der Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Stadt Köln als untere Gesundheitsbehörde bekomme die Ergebnisse der Abstimmungen auf der Grundlage des Krankenhausgestaltungsgesetzes zur Kenntnis. Bedenken könnten über die Kommunale Gesundheitskonferenz eingebracht werden.

Zu 2.:

Bei den Krankenhäusern handele es sich um eigenständige Wirtschaftsbetriebe, die dual finanziert würden. Eine Unterstützung bei Konsolidierungsmaßnahmen sehe sie deshalb nicht, zumal die Stadt Köln selbst „Besitzerin“ der Kliniken der Stadt Köln sei.

Zu 3.:

Die Verwaltung werde hier nur dann tätig, wenn sie als Vermittlerin (Herr Oberbürgermeister Roters oder Frau Beigeordnete Reker) angefragt werde. Da die Stadt Köln ein eigenes Krankenhaus besitze, könne hier allerdings gegebenenfalls ein Interessenkonflikt entstehen.

Zu 4.:

Da die letzte Krankenhausschließung in Köln schon über 30 Jahre zurück liege (St. Josef-Krankenhaus Wahn 1981) und Köln über eine stabile vielfältige Trägerlandschaft verfüge, bestehe aktuell keine Notwendigkeit, Maßnahmen zum Erhalt dieser Trägervielfalt zu ergreifen.

Als **Anlage** ist eine Stadtkarte mit den historischen und aktuellen Krankenhäusern beigefügt.

3.3 Durchführung von 1.Hilfe-Kursen an Schulen AN/0593/2015

3.3.1 Beantwortung der Anfrage AN/0593/2015: Durchführung von 1. Hilfe Kursen an Schulen 1238/2015

Die Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung des Gesundheitsausschusses vertagt.

3.4 Patientenverfügungen in Köln AN/0732/2015

Frau Beigeordnete Reker macht deutlich, dass die Bearbeitung dieser Anfrage allein durch die Verwaltung nicht möglich sei und umfangreiche Rechercharbeit verursa- che. Um die Bindung von erheblichen Personalkapazitäten zu vermeiden, bittet sie darum, auf die Beantwortung der Fragen zu dieser, außerhalb der Verwaltungszu- ständigkeit liegenden, Thematik zu verzichten.

RM Herr Hegenbarth (*Rederecht gem. § 58 GO*) erläutert, dass der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln die Thematik wichtig sei, er aber auch mit einer Teilbeantwortung, die mit einem überschaubaren Rahmen erstellt werden könne, einverstanden sei.

Eine entsprechende Prüfung wird von Frau Beigeordneter Reker zugesagt.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Übernahme der Kosten für Verhütung und Schutz für Hartz IV-Bezieher AN/0681/2015

Die Leiterin des Gesundheitsamtes Frau Dr. Bunte erläutert, dass in Köln den Frauen im SGB II – Bezug aus Mitteln für kommunal flankierende Maßnahmen die Kostenübernahme für geeignete Verhütungsmittel zur Verfügung gestellt würden. Frauen, die Leistungen nach SGB XII beziehen, seien davon nicht erfasst. Ebenso wenig könnten aus diesen Mitteln Kondome zur Verfügung gestellt werden.

RM Herr Hegenbarth teilt mit, dass es eine Liste anderer Städte gebe, die weitreichende Leistungen auch für Männer anböten.

Frau Dr. Bunte bittet Herrn Hegenbarth, ihr diese Liste zur Verfügung zu stellen.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Erstellung und Herausgabe einer Infobroschüre zum Thema "Transgender in Köln" 1068/2015

RM Herr Dr. Strahl merkt an, dass nach seiner Auffassung bei der Zielgruppe eine Darstellung in den elektronischen Medien ausreichend sei.

RM Herr Paetzold informiert, dass die Beschlussvorlage im Ausschuss für Soziales und Senioren einstimmig empfohlen worden sei.

SB Frau Röhrig bestätigt dies auch für den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren, der Ausschuss Allgemeine Rechtsfragen / Vergabe / Internationales und der Gesundheitsausschuss beschließen folgende Empfehlung an den Rat:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat nimmt die Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender vom 27.11.2014 (Mitteilung 3792/2014), eine Informationsbroschüre über den Themenkomplex „Transidentität in der Gesellschaft“ zu erstellen und herauszugeben und die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 4.750,00 € im Haushaltsplan 2015 bereitzustellen, zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Zusetzung von 1,0 Stellen zur Durchführung der Ergänzungsprüfungen gem. Notfallsanitättergesetz (NotSanG) im Gesundheitsamt 2638/2014

Beschluss:

Der Rat beschließt die Zusetzung von 1,0 Stellen Stadtobersekretär/in BGr. A 7 Ü-BesG NRW für die „Durchführung der Ergänzungsprüfungen zur Notfallsanitätterin / zum Notfallsanitätter“ gemäß Notfallsanitättergesetz (NotSanG) zum Stellenplan 2015.

Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans wird verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnung bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Mitteilung über die Sachstände bei den Baumaßnahmen der Feuerwehr (37) 0529/2015

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Tierrettung in Köln 0729/2015

Frau Pappenheim aus dem Bereich Tiergesundheit des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes erläutert auf Nachfrage von SB Frau Houben, dass kranke Wildtiere deshalb grundsätzlich nicht transportiert würden, da es keine Besitzer gebe. Anders sei dies bei Haus- oder Fundtieren, die i.d.R. einen Besitzer hätten.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna weist in diesem Zusammenhang auf „Tiere in Not“ hin, wo kranke Tiere auch durch die Feuerwehr in einem Tierrettungswagen transportiert würden.

6.3 Berichtspflicht gem. § 42 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen hier: Jahresbericht 2014 über die Beschlüsse des Gesundheitsausschusses im öffentlichen Teil 0718/2015

RM Herr Kaske fragt zu den in Anlage B, Seite 1 erwähnten medizinischen Fachangestellten, die trotz einer 3jährigen qualifizierten Ausbildung nur in der EG 3 eingestuft seien, wie weit die Gespräche über die Eingruppierungsmerkmale seien und wann mit einer Höherstufung zu rechnen sei.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, teilt dazu mit, dass das Gesundheitsamt aktuell keine andere Möglichkeit habe, als Stellen nach TVöD auszuschriften, dies aber die Problematik, geeignetes Personal zu finden und länger zu binden, vergrößere.

SB Frau Röhrig weist in diesem Zusammenhang auf eine Protokollnotiz zum TVöD hin, wonach eine Eingruppierung der medizinischen Fachangestellten mit 3-jähriger Ausbildung in EG 5 möglich sei und bittet Frau Beigeordnete Reker, hierüber noch einmal mit Herrn Stadtdirektor Kahlen zu sprechen.

Frau Beigeordnete Reker informiert, dass sie hier in ständigem Gespräch sei. Ihr sei es wichtig, dass die Ärztinnen und Ärzte, die auf die Mitarbeit der medizinischen Fachangestellten angewiesen seien, entsprechendes Personal zur Verfügung hätten, dies aber nur durch adäquate Bezahlung möglich sei.

SB Herr Heinlein bittet um Beifügung des in der Anlage B, Seite 1 erwähnten Konzeptes zur „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“ aus der letzten Wahlperiode.

Die Beifügung des Konzeptes zum Protokoll wird zugesagt.

SB Frau Houben vertritt die Auffassung, dass nicht alle Hygienemaßnahmen aus Anlage A, Seite 3 erledigt seien, so seien etwa die angebrachten Aufkleber in den Waschräumen im I. OG des Spanischen Baues wieder entfernt worden.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, erläutert, dass die getroffenen Beschlüsse einer dauernden Umsetzung unterlägen und die Verwaltung jede Gelegenheit nutze, die Betroffenen für das Thema Hygiene zu sensibilisieren.

Beschluss:

6.4 Medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Köln hier: Einrichtung von haus- und kinderärztlichen Sprechstunden in der Notaufnahmeeinrichtung in der Herkulesstraße 0740/2015

Die Mitteilung wurde unter TOP B behandelt.

6.5 "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung

**Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode
1065/2015**

SB Herr Heinlein fragt nach der Rolle des Gesundheitsamtes in diesem Prozess.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, erläutert, dass nach den Ausschreibungsbedingungen das Thema Gesundheit zwar genannt werde, aber nicht konkretisiert würde. Das Gesundheitsamt sei in diesen Prozess über die Gesundheitskoordination und -berichterstattung eingebunden.

SE Herr Dr. Theiso macht darauf aufmerksam, dass es wichtig sei, dass auch ältere Personen Erwähnung und Berücksichtigung fänden.

Frau Fohlmeister vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik erläutert, dass der Gesundheitsausschuss eingebunden worden sei, da Gesundheit einen Baustein im Rahmen eines präventiven Ansatzes bilde. (z.B. Teilhabe bei der Quartiersentwicklung) Der Baustein „Früh ansetzende Hilfen“ berücksichtige nicht nur die jüngere, sondern auch die ältere Bevölkerung. Es sei auch ein Abstimmungstermin mit der Seniorenvertretung vereinbart.

SE Frau Hane-Knoll bittet um Auskunft über den zeitlichen Horizont dieses Projektes.

Frau Fohlmeister teilt mit, dass die Planung eine verwaltungsinterne Abstimmung im Sommer vorsehe und gleichzeitig mit der Weiterleitung Richtung Land die politischen Gremien beteilige. Zielsetzung sei eine Beschlussfassung im Herbst, spätestens bis Ende des Jahres. Dann könnten die Förderanträge beim Land im Jahr 2016 gestellt werden.

6.6 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2014/2015 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren 0956/2015

RM Herr Ciesla-Baier stellt den guten Umgang mit den obdachlosen Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch in einem vergleichsweise milden Winter heraus.

6.7 Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ am 23. Und 24. Juni 2015 im Gürzenich Köln 1261/2015

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

7.1

Auf die Nachfrage von SE Herrn Edis und SB Frau Röhrig nach dem Sachstand der Bearbeitung der Änderungsanträge zum Interkulturellen Maßnahmenprogramm und zum Integrationsbudget teilt Frau Beigeordnete Reker mit, dass die einzelnen Vorlagen erstellt seien, sich aber aktuell noch in der verwaltungsinternen Abstimmung befänden. Auch stelle sich die Frage, ob es erst ein Integrationsbudget gäbe, wobei dieses nicht beziffert werden könne oder ob zunächst der finanzielle Umfang der Einzelmaßnahmen geklärt werden müsse.

Dies könne dann von den politischen Gremien beschlossen werden.

7.2

SE Herr Dr. Theisohn fragt zur in der Dezembersitzung behandelten Thematik der Beatmungswohngemeinschaften, ob die Verwaltung von einem Schreiben des Ministerium Kenntnis habe, in dem, entgegen der Aussage in der Dezembersitzung, auch darauf hingewiesen werde, dass solche Beatmungswohngemeinschaften, unabhängig von der Größe, der Heimaufsicht unterlägen. Er werde dieses Schreiben der Verwaltung zur Verfügung stellen.

Die Verwaltung sagt zu, darauf schriftlich zu antworten.

7.3

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna fragt an, ob es möglich sei, dass die Anfrage der FPD-Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Grün und die Antwort der

Verwaltung (0315/2015 und 0670/2015) zur Thematik des Tierheimes in Köln-Zollstock auch dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnis gegeben werden könnten.

Die Verwaltung sagt dies zu.

7.4

SE Frau Hane-Knoll fragt nach der Rechtsform der Sozial-Betriebe-Köln (SBK)

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der SBK, RM Herr Paetzold, erläutert, dass es sich bei den SBK um eine selbstständige gemeinnützige GmbH handele.

Dr. Unna
Ausschussvorsitzender

Kaune
Schriftführer